

Schlecker-Beschäftigte dürfen nicht für die Krise zahlen

Die Drogeriekette Schlecker hat am 23. Januar 2012 Antrag auf Insolvenz gestellt. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr, weil im Einzelhandel die Nachfrage stagniert und ein ruinöser Verdrängungswettbewerb herrscht. Jahrelang hat Schlecker seine Beschäftigten drangsaliert, bespitzelt und versucht, ihre Löhne zu drücken. Es wäre fatal, wenn die Beschäftigten nun auch noch die Zeche für eine gescheiterte Unternehmenspolitik zahlen sollen.

Arbeitsplätze erhalten, Nachfrage stärken

Alle Kraft muss dem Erhalt der Arbeitsplätze gelten. Und es muss Schluss sein mit einer Strangulierung des Konsums und einem zügellosen Wettbewerb auf Kosten der Verkäuferinnen. Die Masseneinkommen müssen steigen, die Politik in den Wettbewerb beim Einzelhandel lenkend eingreifen. Die Krise im Einzelhandel ist nicht ohne eine Umverteilung des Reichtums und eine Stärkung der Nachfrage zu lösen.

Anton Schlecker nicht aus der Verantwortung lassen

DIE LINKE fordert eine Mitbestimmung der Gewerkschaft und des Betriebsrates im Insolvenzverfahren. Der milliardenschwere Firmeneigner Anton Schlecker, einer der reichsten Männer der Republik, muss mit seinem Privatvermögen haften und sich so am Erhalt der Arbeitsplätze beteiligen. Die Löhne müssen endlich wieder steigen. Der Staat muss den ungezügelteten Wettbewerb im Einzelhandel unterbinden.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Schlecker-Beschäftigte dürfen nicht für die Krise zahlen

Die Drogeriekette Schlecker hat am 23. Januar 2012 Antrag auf Insolvenz gestellt. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr, weil im Einzelhandel die Nachfrage stagniert und ein ruinöser Verdrängungswettbewerb herrscht. Jahrelang hat Schlecker seine Beschäftigten drangsaliert, bespitzelt und versucht, ihre Löhne zu drücken. Es wäre fatal, wenn die Beschäftigten nun auch noch die Zeche für eine gescheiterte Unternehmenspolitik zahlen sollen.

Arbeitsplätze erhalten, Nachfrage stärken

Alle Kraft muss dem Erhalt der Arbeitsplätze gelten. Und es muss Schluss sein mit einer Strangulierung des Konsums und einem zügellosen Wettbewerb auf Kosten der Verkäuferinnen. Die Masseneinkommen müssen steigen, die Politik in den Wettbewerb beim Einzelhandel lenkend eingreifen. Die Krise im Einzelhandel ist nicht ohne eine Umverteilung des Reichtums und eine Stärkung der Nachfrage zu lösen.

Anton Schlecker nicht aus der Verantwortung lassen

DIE LINKE fordert eine Mitbestimmung der Gewerkschaft und des Betriebsrates im Insolvenzverfahren. Der milliardenschwere Firmeneigner Anton Schlecker, einer der reichsten Männer der Republik, muss mit seinem Privatvermögen haften und sich so am Erhalt der Arbeitsplätze beteiligen. Die Löhne müssen endlich wieder steigen. Der Staat muss den ungezügelteten Wettbewerb im Einzelhandel unterbinden.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G